

01) „Vertreibungen und Deportation ächten – Völkerverständigung fördern“

Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen 2021

Live-Mitschnitt der zentralen Auftaktveranstaltung am 28. August 2021 in Berlin

Programm

Urania Berlin, Humboldt-Saal, 28. August 2021, ab 12 Uhr

"70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen"

Film anlässlich des Charta-Jubiläums 2020

Eurovisionsfanfare

Marc-Antoine Charpentier (1643-1704)

Ansprache

Dr. Bernd Fabritius MdB

Präsident

Rondeau

Jean-Joseph Mouret (1682-1738)

Festrede

Dr. Markus Söder MdL

Ministerpräsident des Freistaates Bayern

Spiritualgebet

Enrique Crespo (1941-2020)

Geistliches Wort und Gedenken

Weihbischof Dr. Reinhard Hauke

Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge

La paix (*aus der Feuerwerksmusik*)

Georg Friedrich Händel (1685-1759)

Nationalhymne

Im Anschluss an den Festakt findet um 15:00 Uhr die Kranzniederlegung auf dem Theodor-Heuss-Platz statt. Es sprechen
der Berliner BdV-Landesvorsitzende, Staatssekretär a.D. Rüdiger Jakesch,
der Berliner Innensenator, Andreas Geisel MdA und
BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius MdB.

Musikalische Gestaltung: Potsdamer Turmbläser, Leitung: Bernhard Bosecker

*

Rede zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen am 28. August 2021 in Berlin

28.08.2021 Presse

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius MdB

Sperrfrist: 28. August 2021, 12:00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Markus Söder,
sehr geehrter Herr Weihbischof Dr. Reinhard Hauke,
geehrte Exzellenzen und Eminenzen,
geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestags und der Landtage,
verehrte Ehrengäste aus Bund, Ländern und Gemeinden,
geehrte Vertreter der deutschen Minderheiten aus den Nachbarländern,
liebe Landsleute,
meine Damen und Herren,

zur diesjährigen Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat 2021 des Bundes der Vertriebenen heiße ich Sie ganz herzlich willkommen.

Ich bin sehr dankbar, dass Sie, Herr Ministerpräsident Dr. Söder, heute die Festrede halten werden und begrüße Sie ganz herzlich in unseren Reihen.

Herr Ministerpräsident, Sie sind bei den deutschen Heimatvertriebenen, den Aussiedlern und Spätaussiedlern nicht nur ein vertrautes Gesicht, nicht nur ein sehr gern gesehener Gast – Sie stehen zu uns, Sie sind durch Bekenntnis einer von uns, Sie sind Mitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft und natürlich auch des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland und wahrscheinlich noch so einiger Selbstorganisationen von uns – und dafür danken wir aus ganzem Herzen!

Ihnen, sehr geehrter Weihbischof Dr. Hauke, sind wir ebenfalls zu Dank verpflichtet. Sie werden mit dem geistlichen Wort als Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge – wie so oft – es ist schon Tradition – unseren Tag der Heimat würdig und angemessen beschließen.

Ich begrüße des Weiteren ganz herzlich:

- Ihre Exzellenzen, die Botschafter und Vertreter der Botschaften von Ungarn, Rumänien, Slowenien, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Kroatien, Frankreich, der Ukraine sowie das gesamte anwesende Diplomatische Corps,

- und ich begrüße die Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, die aus den Ländern heute nach Berlin gekommen sind

Ich freue mich, dass traditionell die Potsdamer Turmbläser unter der Leitung von Bernhard Bosecker unsere Veranstaltung musikalisch umrahmen werden.

Zum ersten Mal übertragen wir unsere zentrale Auftaktveranstaltung live über unsere Internetseite – und werden so vielleicht auch den einen oder anderen erreichen, der heute wegen der Corona-Einschränkungen nicht mit im Saal sein kann.

Vielen Dank letztlich Ihnen, meine Damen und Herren, liebe Gäste, dass Sie alle heute hier sind.

Viele von Ihnen befinden sich noch – wie ich auch – im Nachhall der bewegenden Bilder, die wir vorhin gesehen haben. Auch wenn der Film hauptsächlich die Charta der deutschen Heimatvertriebenen in den Blick nimmt, so weckt er bei manchen die Erinnerungen an die eigene Flucht oder Vertreibung. Oder die Erinnerung an die zahllosen Gespräche und Erzählungen der Eltern und Großeltern, die Zeit ihres Lebens vom erlittenen Leid und den erlebten Gräueln geprägt blieben.

Wir alle hätten uns gewünscht, dass es die Charta der deutschen Heimatvertriebenen gar nicht erst hätte geben müssen!

Die Geschichte aber, liebe Landsleute, bleibt nicht stehen. Sie wird nicht gestundet und macht keine Pause. Sie geht nach jedem Ereignis, so unermesslich tragisch oder katastrophal es war, unweigerlich und augenblicklich weiter. Auch das hat uns der kurze Film veranschaulicht.

Auf den Verlust der Heimat folgt der Aufbruch: Jahre und Jahrzehnte, in denen jeder Einzelne, jede Familie und jede Gemeinschaft daran arbeitet, sich das neue Umfeld zur neuen Heimat zu gestalten.

Es trifft zu, dass der Aufbruch in die Zukunft für viele unter bitteren, ja bittersten Voraussetzungen gelingen musste.

Es trifft zu, dass viele Geflüchteten und Vertriebenen ihre neuen Heimatorte beinahe ein Vierteljahrhundert lang nur als Ersatzheimat betrachteten; gerade, weil ihre Hoffnungen genährt wurden, dass eine Rückkehr irgendwann möglich sei.

Es ist aber genauso richtig, heute mehr noch als vor 70 Jahren, zu erkennen, dass mit der verabschiedeten Charta ein Weg vorgezeichnet wurde, der die deutschen Heimatvertriebenen letztlich in ein vereintes Europa führte.

Dieses Europa war und ist und bleibt der Garant dafür, dass wir und unsere befreundeten Nachbarstaaten seit Jahrzehnten in einer langen Periode des Friedens leben.

In Europa hat Deutschland Partner und Verbündete. Europa hat einen Raum der Freiheit geschaffen, die auch unsere, die Freiheit der Heimatvertriebenen und ihrer Nachkommen, umfasst: wir können wieder in die alte Heimat fahren, dort Eigentum erwerben und – so wir das wollen – uns dort niederlassen.

„Geschichte lässt sich ja nicht zurückdrehen“, war die Aussage eines Donauschwaben, mit dem ich bei meinem Besuch im Juli im Haus der Donauschwaben in Sindelfingen ins Gespräch kam. Seine Eltern stammen beide aus dem Banat.

Nein, wieder zurückgehen wolle er bestimmt nicht, denn erstens hätte man sich in Deutschland eine neue Heimat erarbeitet und zweitens sei es völlig absurd, das Leben der Dorfgemeinschaften von vor 80 Jahren gedanklich ins 21. Jahrhundert übertragen zu wollen. „Man soll gedenken und erinnern, aber immer auch mit der Zeit Schritt halten“, war sein Resümee.

Es bleibt Aufgabe des Bundes der Vertriebenen und seiner Landsmannschaften, Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den historischen deutschen Ostgebieten als das Unrecht zu bezeichnen, das von den Rache nehmenden Vertreiberstaaten im Osten an uns und an unseren Landsleuten verübt wurde!

Dabei vergessen wir niemals die entmenslichte und entmenschlichende Kriegs- und Propagandamaschinerie der Nationalsozialisten mit ihren kaum vorstellbaren Menschheitsverbrechen – vor allem im Holocaust.

Die Völker im Osten haben Rache geübt: Büßen mussten dafür vor allem diejenigen Deutschen, die ihre Heimat im damaligen Ostdeutschland, jenseits von Oder und Neiße hatten. Aber auch unsere Landsleute in den deutschen Siedlungsgebieten wie z.B. in der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn oder Jugoslawien. Sie mussten stellvertretend für alle Deutschen die bittersten Konsequenzen tragen.

Immer und immer wieder stellen wir andererseits der Benennung des geschehenen Unrechts unseren unbedingten Willen zur Verständigung und zur gemeinsamen Zukunft mit unseren osteuropäischen Nachbarn an die Seite – so, wie unsere Väter und Mütter es in der Charta niedergeschrieben haben.

Das ist glaubwürdig, weil wir Menschenrechte einfordern und grenzüberschreitende Verständigung anbieten.

Das ist christlich, weil es Verzicht auf Rache bedeutet.

Und das ist zukunftsweisend, weil wir – bei aller Kritik, die man an den europäischen Institutionen üben kann – gut beraten sind, Europa als schützendes Dach zu sehen und zu verstehen.

Verständigungspolitik, von der großen politischen Bühne bis hinein ins familiäre Private, ist unverzichtbare Voraussetzung für andauernden Frieden.

Dieser vermeintliche Zweiklang zwischen Benennen des Unrechts einerseits und Ausstrecken der Versöhnungshand andererseits verschmilzt bei näherem Betrachten: es sind zwei Aspekte, die sich beide aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs speisen.

Gerade, weil der Naziterror und der Zweite Weltkrieg die Welt derart aus den Fugen gehoben haben, brachen vielerorts die Schutzmauern, die Menschlichkeit von Unmenschlichkeit trennten.

Wo diese Dämme geschleift wurden, war es nur noch ein sehr kleiner Schritt hin zu den Vertreibungen und ethnischen Säuberungen, die damals schon Unrecht waren und auch niemals – ich betone: niemals! – ihren Unrechtscharakter verlieren werden.

Es liegt auch an uns, dafür zu sorgen, dass dort, wo wir es beeinflussen können, die Schutzmauern der Menschlichkeit zukünftig sicher und fest stehen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie wissen, lautet das diesjährige BdV-Jahresleitwort „Vertreibungen und Deportation ächten – Völkerverständigung fördern“.

Das Leitwort versteht sich ebenso als bittere Erkenntnis aus der Geschichte wie auch als Forderung für das menschliche Miteinander in aller Zukunft. Es erfüllt mich mit Trauer, die aktuellen Tragödien an zahlreichen Schauplätzen auf der ganzen Welt verfolgen zu müssen.

Hat die Menschheit in ihrer Geschichte das Soll an Fluchtgeschehen und Vertreibungen nicht bereits mehr als erfüllt?! Müssen immer wieder aufs Neue Jahr für Jahr Millionen Menschen gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen?

Wo bleibt das von uns geforderte sanktionsbewehrte Instrument des Vertreibungsverbots, mit dem endlich die Vertreiber – und nicht länger die Vertriebenen – in die Knie gezwungen werden?

Wir deutschen Heimatvertriebenen, genauso wie die Spätaussiedler in unseren Reihen, haben am eigenen Leib erfahren müssen, was es bedeutet, Opfer und Leidtragende von Krieg, von ethnischen Säuberungen sowie von menschenverachtenden politischen und militärischen Schachzügen zu werden.

Wir im Bund der Vertriebenen würdigen zu jeder Zeit aber auch die schlimmen Jahre und Jahrzehnte, die unsere Heimatverbliebenen unter der Knute kommunistischer Regime zu erdulden hatten. Die Menschen, die dann als Aussiedler und Spätaussiedler nach Deutschland kamen – und nach wie vor kommen –, trugen während des Kalten Kriegs die schwere Bürde, in ihrer Heimat als Deutsche unter deutsch-feindlichen Regimen zu leben. Für sie war der Krieg zwar zu Ende, nicht aber die fortgesetzten Repressionen durch die Mehrheitsgesellschaften in ihren Ländern.

Selbst in einem heutigen grenzüberschreitenden Verständnis sind die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge und die heimatverbliebenen deutschen Minderheiten in den mittel- und osteuropäischen Ländern zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Gerade die Heimatverbliebenen und ihre Familien sind es, die vor Ort in unseren Nachbarländern einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur und einer guten Verständigung den Boden bereiten. Wir im Bund der Vertriebenen wollen sie noch stärker als bisher in unsere Arbeit und unsere Aktivitäten einbinden – ganz in dem Bewusstsein, dass wir für ein und dieselbe Sache einstehen!

Es ist gut, dass unsere Landsmannschaften einen intensiven Austausch mit den Heimatverbliebenen pflegen, denn sie tun es nicht nur für sich, sondern ganz im Sinne eines europäischen Gedankens für unser Land.

Das gewählte Leitwort greift somit zwei der menschenrechtlichen und verständigungspolitischen Forderungen des BdV auf. Jeder Mensch muss in seiner Heimat dauerhafte Lebensperspektiven vorfinden können – ohne Angst, Opfer von Zwangsmaßnahmen zu werden. Deshalb fordern wir nach wie vor die kodifizierte Verankerung eines weltweiten Vertreibungsverbots und damit die Sanktionierbarkeit von Vertreibungen.

Auch die Forderung nach mehr Verständigung unter den Völkern, die wir ins Leitwort aufgenommen haben, ist keine hohle Floskel!

Wie schön wäre es, wenn unser steter verständigungspolitischer Dialog mit den Nachbarn im Osten dort auch auf Spitzenebene der Politik Früchte tragen würde: Von einigen unserer östlichen Nachbarländer erwarten wir noch heute eindeutige Bekenntnisse zum Unrechtscharakter der Vertreibungen, die unsere Landsleute mit brutaler Härte trafen. Bis heute sind Unrechtsdekrete in einigen Ländern Teil der geltenden Rechtsordnung, wenn ich nur an Tschechien oder auch an Serbien denke.

Liebe Landsleute,

wir im Bund der Vertriebenen sind eine Schicksals-, zugleich eine Solidargemeinschaft. Unsere Landsmannschaften haben eigene Spezifika, sowohl in der Geschichte ihrer jeweiligen Heimatregionen als auch in ihren dort entwickelten und mitgebrachten Bräuchen – ihrer Kultur und ihren Eigenheiten.

Im Bund der Vertriebenen haben sich, gemeinsam mit den 16 Landesverbänden, 18 Landsmannschaften zusammengeschlossen

- von den Deutschbalten im Norden bis zu den Donauschwaben im Süden,
- von den Sudetendeutschen, deren Heimat vor der Vertreibung übrigens in Teilen westlicher liegt als Passau oder Deggendorf,
- bis hin zu der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, die für die Deutschen aus allen ehemaligen GUS-Staaten spricht.

Wenn der BdV seine Interessen artikuliert, dann sowohl im Namen der Ostpreußen als auch des Bundes der Danziger, ebenso für die Ostbrandenburger wie für die Schlesier und Oberschlesier.

Wenn es um die schreiende Rentenungerechtigkeit bei Aussiedlern und Spätaussiedlern geht, stehen neben den bereits genannten Deutschen aus Russland, die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben, die Sathmarer Schwaben und Ungarndeutsche bis zu den Bessarabiendeutschen und den Karpatendeutschen und erfahren solidarische Unterstützung von allen anderen Landsmannschaften, deren Mitglieder nicht betroffen sind.

Frauenverband, Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen und Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen stehen als außerordentliche Mitglieder ebenfalls eng an unserer Seite.

Um es daher klar zu sagen: es ist ein Zwischenerfolg für den gesamten Bund der Vertriebenen, dass wir unserer Forderung bezüglich der Abmilderung der Altersarmut bei Spätaussiedlern in der parlamentarischen Debatte zumindest teilweise Gehör verschaffen konnten. Die Einbeziehung von Zeiten nach dem Fremdrentengesetz in die zum 1.1.2021 beschlossenen Grundrentenberechnung und Zuschlagzahlung ist ein wichtiger Erfolg, der in vielen Fällen eine Verbesserung bewirkt. Zu einer Beseitigung der Generationenungerechtigkeiten der 90er Jahre durch Kürzungen und Deckelungen für Aussiedler und Spätaussiedler konnte sich das zuständige Bundesministerium und der dort verantwortliche Koalitionspartner leider nicht durchringen, dort wurden alle Verbesserungsinitiativen beharrlich blockiert.

Zur Errichtung eines Fonds zur Abmilderung von Härtefällen im Bereich der Grundsicherung wurde durch die Bundesregierung eine Milliarde Euro in den Haushalt des kommenden Jahres eingestellt. Es ist als wichtiges Signal ein Meilenstein der Aussiedlerpolitik dieser

Wahlperiode und ein immenser Gestaltungsauftrag an die nächste Bundesregierung und den am 26. September zu wählenden Deutschen Bundestag, bei dem die Länder natürlich mitwirken sollen.

So oder so: von einer systematischen, strukturellen Beseitigung der Rentenungerechtigkeit bei Aussiedlern und Spätaussiedlern ist man trotz aller Signale leider noch weit entfernt. Diese Schlacht ist noch nicht geschlagen, denn: die Rentenbenachteiligungen für Spätaussiedler waren 1996 bei ihrer Einführung falsch, sie sind heute falsch und sie bleiben falsch. Ich bleibe an dem Thema jedenfalls dran, bis es zu aller Zufriedenheit erledigt ist, das verspreche ich Ihnen.

Meine Damen und Herren, liebe Gäste,

in meiner diesjährigen Ansprache will ich einen der Schwerpunkte auch auf die Deutschen aus Russland legen, weil das Bewusstsein für und die Solidarität mit ihrem Schicksal auch einer der Aspekte bei der Festlegung des Leitwortes für das Jahr 2021 war.

Genau heute vor 80 Jahre ließ Stalin den unglückseligen Erlass verabschieden, mit dem die Sowjetregierung am 28. August 1941 das Schicksal der Deutschen in Russland besiegelte und Hunderttausende in die Verbannung und zur Zwangsarbeit deportierte. Unterzeichnen musste Michail Iwanowitsch Kalinin, Vorsitzender des Obersten Sowjets.

Ich möchte diesen Vorgang historisch einbetten, um das Ausmaß der Zäsur für die Russlanddeutschen aufzuzeigen.

Es ist richtig, dass nach Kriegsende in Ostmitteleuropa, in Ost- und in Südosteuropa die größte Völkerverschiebung seit Menschengedenken stattfand. Flucht, Vertreibung und Deportation von rund 15 Millionen Deutschen aus ihren Wohnungen und Häusern, Dörfern und Städten – aus ihrer jahrhundertelangen Heimat. Mehr als zwei Millionen von ihnen kamen auf der Flucht, während der Vertreibung und infolge dieses Schicksals ums Leben, überstanden die Deportation nicht oder werden für immer vermisst bleiben.

Aber die Deutschen aus Russland traf das soeben beschriebene Schicksal bereits 1941. Und schon davor, in den Jahren 1937-1938, hatte es bereits die sogenannte „Große Säuberung“ gegeben, im Zuge derer 55.000 Deutsche exekutiert und erschossen wurden.

Das Jahr 1941 wird dann zum vernichtenden Schicksalsjahr für mehr als eine dreiviertel Million Russlanddeutsche. Es wird die sozialen, kulturellen, administrativen und in vielen Fällen auch familiären Strukturen dieser Volksgruppe nachhaltig zerstören! Mit der Deportation nach Kasachstan, an den Ural und nach Sibirien endete eine Epoche in der Geschichte der Deutschen in Russland.

Dort, wohin die Russlanddeutschen verbannt wurden, wartete bittere Armut, Unterdrückung und Knechtschaft auf sie. Die Zeugnisse der Überlebenden sprechen eine deutliche Sprache.

Dem Erlass-Unterzeichner Kalinin setzte man ein besonderes Denkmal mit der Umbenennung der ostpreußischen Stadt Königsberg und dem sie umgebenden Regierungsbezirk.

Mehr als 20 Jahre mussten vergehen, bevor der rechtliche – oder besser: Unrechts-Status der deutschen Bevölkerung in der Sowjetunion wieder geändert werden sollte.

Erst 1964 wurde der 1941 pauschal erhobene Vorwurf der Kollaboration mit Nazideutschland als unbegründet bezeichnet und durch eine Teilrehabilitierung zurückgenommen. Es war das Eingeständnis der Sowjetunion, seine deutsche Bevölkerung schuldlos der Heimat verwiesen zu haben. Dass dieses Eingeständnis eher klammheimlich als bedauernd verkündet wurde, sodass die Betroffenen es nur zeitverzögert und über Umwege erfuhren, entspricht durchaus dem Bild, dass man noch heute zu Recht mit einer kommunistischen Diktatur verbindet.

Tatsächlich wurde im entsprechenden „Wiedergutmachungs-Erlass“ von 1964 behauptet, dass nunmehr die Gegenden des früheren Wohnorts der Deportierten besiedelt seien und dass die deutsche Bevölkerung an ihren neuen Wohnorten in den Zielgebieten der Deportation Fuß gefasst habe.

Diese Verhöhnung besiegelte eines endgültig: die Russlanddeutschen sollten weder in ihre Heimat zurückkehren, noch sollten sie an ihr Leben vor dem Krieg anknüpfen. Sie waren und blieben Entwurzelte.

In der aktuellen Denkschrift der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland formuliert der Historiker Dr. Alfred Einfeld wie folgt:

„Aus den Deportationen der Kriegsjahre wurde eine endgültige Vertreibung. Das kollektive und individuelle Eigentum, alle Bildungs- und Kultureinrichtungen gingen unwiederbringlich verloren. Auch Kirchengebäude (...) und Grundstücke (...) können nicht mehr an die Gemeinden zurückgegeben werden (...). Diese Gemeinden existieren nicht mehr.“

Es ist eine Tatsache der Geschichte, dass die Russlanddeutschen in der Sowjetunion sowohl im Ersten wie auch im Zweiten Weltkrieg zwischen die Räder der Diktaturen gerieten. Mit weitreichenden und verheerenden Folgen. Die Deportation markiert einen tiefen und bis in die Gegenwart nachwirkenden Einschnitt in der russlanddeutschen Geschichte.

Es ist daher nur folgerichtig, dass Deutschland bis heute ihr Kriegsfolgenschicksal anerkennt und garantiert, dass sie als Deutsche nach Deutschland kommen können.

Die repressive Politik gegen die deutsche Minderheit in der ehemaligen UdSSR ist ein nur wenig bekanntes Kapitel russland- und bundesdeutscher Geschichte. Aufklärungsarbeit leisten seit 2019 das Bayerische Kulturzentrum der Deutschen aus Russland in Nürnberg, gefördert vom Land Bayern, sowie in Nordrhein-Westfalen das Detmolder Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte, dem Staatsministerin Grütters anlässlich eines Besuchs vor Ort die Bereitschaft der Bundesregierung zur dauerhaften Förderung versichert hat.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Söder,

sicherlich werden Sie, wenige Wochen vor der Bundestagswahl, auch die eine oder andere politische Botschaft im Gepäck haben.

Aber auch ich möchte einige politischen Punkte ansprechen:

Wie kann es sein, dass in den Wahlprogrammen der meisten im Bundestag vertretenen Parteien die Vertriebenen und Spätaussiedler keine Rolle spielen? In einer Zeit, die geprägt ist von dem Ansatz, jeder gesellschaftlichen Gruppe, jeder Minderheit, jeder Meinung gerecht zu werden!?

Wie kann es sein, dass nur die CDU und CSU sich in ihrem Programm ausführlich und zukunftsorientiert dem Thema widmen?

Das Bekenntnis zur deutschen Geschichte in all ihren Facetten muss parteienübergreifend auch diejenigen ansprechen, die ein besonders schweres Kriegsfolgeschicksal erleiden mussten. Das Programm der Unionsparteien stellt richtigerweise fest, dass ohne die Heimatvertriebenen der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg so nicht gelungen wäre.

Ich stehe hier als Vertreter des Bundes der Vertriebenen – eines Verbands, der sich parteipolitisch dem Neutralitätsgebot verpflichtet hat und mit allen politischen Akteuren im Gespräch steht, die sich auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen.

Unser Verband nimmt jedoch zur Kenntnis, dass beinahe allen Parteien der Wille oder gar das Vermögen fehlt, sich zur Wahrhaftigkeit der Geschichtsschreibung zu bekennen.

Nur die Unionsparteien stellen fest, dass „Vertriebene und ihre Nachkommen, Aussiedler und Spätaussiedler „mit ihrem Können, ihrem Fleiß und ihrer kulturellen Tradition ein Gewinn für unser Land“ sind. Man werde deshalb „den verständigungs- und erinnerungspolitischen Einsatz der Vertriebenen- und Aussiedlerverbände, den Kulturerhalt und die Kulturarbeit durch eine zukunftssichere Förderung stärken“. Richtig so, gut so!

Gerade auch der im Programm geäußerte Wille, „an der gesetzlich garantierten Aufnahme von Spätaussiedlern (...) festhalten und weiterhin Eingliederungshilfen leisten“ zu wollen, ist im 80. Jahr des Verbrechens an den Deutschen aus Russland ein wichtiges Zeichen.

Derartiges wollen wir in den Programmen aller Parteien lesen! Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sind ein Teil des Querschnitts der Gesamtbevölkerung – und haben den Anspruch, entsprechend wahrgenommen zu werden.

Der BdV steht seit fast sieben Jahrzehnten auf dem Fundament unserer Charta der Heimatvertriebenen. Die damals verkündeten Selbst-Verpflichtungen wirken für uns bis heute fort: der bewusste Austritt aus der Spirale von Gewalt und Gegengewalt, die Bekämpfung von Vertreibungen als Welt-Problem sowie eine nachhaltige Verständigungspolitik, um es eben nie wieder so weit kommen zu lassen.

Die Arbeit der Vertriebenenverbände ist nicht nur Selbstzweck – sondern bewusstes Engagement für unsere Gesamtgesellschaft und für das gute Verhältnis Deutschlands zu seinen Nachbarländern.

Der Bund der Vertriebenen steht – und das, meine Damen und Herren, muss auch im Interesse unseres Landes sein! – nach wie vor für das Bestreben, Ehrlichkeit in der Erinnerungs- und Gedenkkultur durchzusetzen. Wir fordern die Sicherung des kulturellen Erbes der Heimatvertriebenen und bieten den verständigungspolitischen Dialog mit den Nachbarn im Osten.

Für uns umfasst die Sicherung des kulturellen Erbes auch die Sicherung des Wissens um die Umstände von Flucht und Vertreibung. Und das bringt mich unweigerlich zu dem im Juni dieses Jahres im Berliner Deutschlandhaus eröffneten „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Denn dieses ist ein wichtiger Baustein in der Erinnerungs- und Gedenkstättenlandschaft unseres Landes, mitten in der Bundeshauptstadt.

Die Eröffnung erfuhr medial hohe Aufmerksamkeit, nicht zuletzt, weil Bundeskanzlerin Angela Merkel teilnahm und das Schicksal der Heimatvertriebenen würdigte. Die Bundesrepublik Deutschland hat – auf Initiative des Bundes der Vertriebenen und unserer Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN – einen Erinnerungs- und Lernort geschaffen, der – eingebettet in seinem historischen Kontext - schwerpunktmäßig die Geschichte der 15 Millionen deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge darstellt – sich aber an die gesamte Gesellschaft, an eine breite, sogar internationale Öffentlichkeit richtet, die viel zu wenig vom Schicksal der Vertriebenen weiß.

Das Dokumentationszentrum ist damit, anders als die landsmannschaftlichen und Landesmuseen, der Vorgabe verpflichtet, den Gesamtprozess in allen betroffenen Ländern und Gebieten an einem Ort zu erforschen, zu präsentieren und öffentlich zu machen.

Es ist zu hoffen, dass besonders jüngere und zukünftige Generationen die Möglichkeiten nutzen, der eigenen Familiengeschichte auf die Spur zu kommen.

In der Einbettung in den historischen Kontext sowie in andere Flucht- und Vertreibungsgeschehen liegt für jeden Besucher die Chance zu erkennen, wie groß die Gefahren immer wieder zu beobachtender Kreisläufe von Rache und Gewalt gerade im Fall von Vertreibungen und ethnischen Säuberungen sind.

Daher – und ich wiederhole es gerne noch einmal – bleiben die zweifelsfreie Anerkennung des Heimatrechtes als Menschenrecht sowie die Einführung eines internationalen Vertreibungsverbotes zwei der wichtigsten Anliegen des BdV als Menschenrechtsorganisation!

Meine Damen und Herren,

ich ermutige Sie ausdrücklich, sich die Ausstellung anzusehen. Teilen Sie Lob und Kritik gerne auch mit dem Bund der Vertriebenen.

Egal ob Sie inhaltliche oder ausstellungstechnische Punkte ansprechen wollen, egal ob Sie rechtliche Hintergründe der Grenzziehungen detaillierter behandelt sehen wollen oder – wie ich – das Gendern dort unerträglich finden: Lassen Sie uns kritisch, aber konstruktiv sein – so, wie es auch die sechs Mitglieder seitens des BdV im Stiftungsrat weiterhin sein werden.

Wir bringen jede berechtigte Kritik und jeden Verbesserungsvorschlag konstruktiv in die dortige Arbeit ein.

Meine Damen und Herren, liebe Landsleute,

wie jedes Jahr spreche ich zum Schluss meinen herzlichen Dank aus: Ihnen persönlich, sowie allen unseren Mitstreitern in den Landes- und Kreisverbänden, in den Landsmannschaften und Kulturgruppen.

Ihre ehrenamtliche Arbeit kann nicht mit Gold aufgewogen werden!

Wir wollen das, was uns verbindet, gemeinsam mit Entschlossenheit in die Zukunft tragen. Und wir wollen zusammenhalten.

Ich danke Ihnen!

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius MdB

02) Der Bund der Vertriebenen hat ein neues Präsidium
Dr. Bernd Fabritius mit 94,5 % als Präsident wiedergewählt

Am 27. August 2021 wurde auf der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen in Berlin ein neues Präsidium gewählt.

Dabei wurde der bisherige **Präsident, Dr. Bernd Fabritius MdB**, mit hervorragenden 94,5 Prozent der Delegiertenstimmen wieder-gewählt. Fabritius, der aus Siebenbürgen stammt und auch Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten ist, tritt damit seine vierte Amtszeit an.

Zu **Vizepräsidenten** wurden gewählt:

Stephan Grigat, Raimund Haser MdL, Christian Knauer, Stephan Mayer MdB, Egon Primas und Johann Thießen.

Zu weiteren Präsidialmitgliedern wurden gewählt:

Rita Hagl-Kehl MdB, Milan Horáček, Steffen Hörtler, Siegbert Ortman, Brunhilde Reitmeier-Zwick und Editha Westmann MdL.

Die Präsidentin des Frauenverbandes im BdV, Dr. Maria Werthan, gehört kraft Amtes dem Präsidium an.

Auch zukünftig wird Arbeit und Zusammensetzung des Präsidiums somit die Vielfalt des Gesamtverbandes widerspiegeln. Außerdem ist erneut deutlich geworden, dass Erinnerungs- und Verantwortungstransfer innerverbandlich bereits gelungen sind.

Aufbruchstimmung ging vom Arbeitsbericht des Präsidenten aus, der sich gemeinsam mit den Delegierten freute, dass unter Einhaltung sämtlicher Corona-Auflagen Begegnung und Austausch der Delegierten nun „beim dritten Anlauf endlich wieder möglich“ sei.

Einen der inhaltlichen Schwerpunkte setzte Dr. Fabritius im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl. So gelte es für jede demokratische Partei, die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten in den Heimatgebieten in ihre politische Arbeit einzubeziehen. Hierzu fasste die Bundesversammlung einstimmig eine **Entschließung**.

BdV – Bund der Vertriebenen
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Pressekontakt: Marc-P. Halatsch

Hauptstadtvertretung im Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof
Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit
Stresemannstr. 94
10963 Berlin
Tel.: +49 (0)30 5858 443-50
Fax: +49 (0)30 5858 443-57
E-Mail: presse@bdvbund.de
Internet: www.bund-der-vertriebenen.de

Bundesgeschäftsstelle Bonn
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Tel.: +49 (0)228 81007-28 (Pressestelle)
Fax: +49 (0)228 81007-52

Unterstützen Sie die Anliegen des Bundes der Vertriebenen durch eine Spende an die gemeinnützige Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, Spendenkonto Deutsche Bank, Kontonummer 3 17 17 17, Bankleitzahl 380 700 24, IBAN DE76 3807 0024 0317 1717 00, BIC DEUTDEDB380. Informationen zum ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN finden Sie unter www.z-g-v.de.



Neues Präsidium des Bundes der Vertriebenen (v.l.): Raimund Haser MdL, Dr. Maria Werthan (kraft Amtes), Milan Horáček, Egon Primas, Dr. Bernd Fabritius MdB, Steffen Hörtler, Stephan Grigat, Brunhilde Reitmeier-Zwick, Stephan Mayer MdB, Christian Knauer, Siegbert Ortmann und Johann Thießen. Es fehlen: Rita Hagl-Kehl MdB und Editha Westmann MdL.

Anmerkung der AWR-Redaktion:

In den nächsten Ausgaben unseres „Rundbriefes“ werden wir ausführlich auf die Veranstaltung eingehen. Die öffentlichen Medien haben die Veranstaltung offensichtlich wieder einmal totgeschwiegen! (siehe Editorial).



Pressemitteilung

BdV hat neues Präsidium

Dr. Bernd Fabritius mit 94,5 % als Präsident wiedergewählt

Am gestrigen 27. August 2021 wurde auf der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen in Berlin ein neues Präsidium gewählt.

Dabei wurde der bisherige Präsident, Dr. Bernd Fabritius MdB, mit hervorragenden 94,5 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt. Fabritius, der aus Siebenbürgen stammt und auch Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten ist, tritt damit seine vierte Amtszeit an.

Zu Vizepräsidenten wurden gewählt:

Stephan Grigat, Raimund Haser MdL, Christian Knauer, Stephan Mayer MdB, Egon Primas und Johann Thießen.

Zu weiteren Präsidialmitgliedern wurden gewählt:

Rita Hagl-Kehl MdB, Milan Horáček, Steffen Hörstler, Siegbert Ortman, Brunhilde Reitmeier-Zwick und Editha Westmann MdL.

Die Präsidentin des Frauenverbandes im BdV, Dr. Maria Werthan, gehört kraft Amtes dem Präsidium an.

Auch zukünftig wird Arbeit und Zusammensetzung des Präsidiums somit die Vielfalt des Gesamtverbandes widerspiegeln. Außerdem ist erneut deutlich geworden, dass Erinnerungs- und Verantwortungstransfer innerverbandlich bereits gelungen sind.

Aufbruchstimmung ging vom Arbeitsbericht des Präsidenten aus, der sich gemeinsam mit den Delegierten freute, dass unter Einhaltung sämtlicher Corona-Auflagen Begegnung und Austausch der Delegierten nun „beim dritten Anlauf endlich wieder möglich“ sei.

Einen der inhaltlichen Schwerpunkte setzte Dr. Fabritius im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl. So gelte es für jede demokratische Partei, die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten in den Heimatgebieten in ihre politische Arbeit einzubeziehen. Hierzu fasste die Bundesversammlung einstimmig eine EntschlieÙung.

28. August 2021

Herausgeber:
BdV-Bundesgeschäftsstelle
Codesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon +49 (0)228 81007-0
Telefax +49 (0)228 81007-52

Pressekontakt:
Marc P. Halatsch
Pressesprecher
Stresmannstraße 94
10963 Berlin
Telefon +49 (0)30 5858 443-50
Telefax +49 (0)30 5858 443-57
E-Mail presse@bdvbund.de

Die Pressemitteilungen des Bundes der Vertriebenen sind zur Information, zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung bestimmt. Beiliegende Fotos dienen ebenfalls der redaktionellen Verwertung bzw. der Veröffentlichung. Bitte beachten Sie die Urheberkennzeichnung sowie ggf. weitere Hinweise im Text. Sollten Sie weitere Fotomotivwünsche haben, sprechen Sie uns unter den genannten Kontaktdaten an. Weitere Auskünfte erteilt die Pressestelle.



03) EntschlieÙung der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen
am 27. August 2021



EntschlieÙung

der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen
am 27. August 2021

Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen hat sich als höchstes Beschlussgremium des Verbandes auf ihrer Zusammenkunft in Berlin unter anderem mit aktuellen Themen und Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler beschäftigt. Dabei wurde folgende EntschlieÙung gefasst.

**Zukunftssichere Förderung für Vertriebene, Aussiedler
und deutsche Minderheiten**

Im Hinblick auf die am 26. September 2021 bevorstehende Bundestagswahl fordert die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen sämtliche zur Wahl stehenden Parteien auf, die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler und ihrer Verbände als Teil der bundesdeutschen Gesellschaft sowie der deutschen Minderheiten in deren Heimatgebieten weiterhin in ihrer politischen Arbeit zu berücksichtigen bzw. diese mit in ihre politische Arbeit einzubeziehen.

Siedlungs- und Schicksalsgeschichte der Deutschen in Ostmittel, Ost- und Südosteuropa sowie Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten und die aus diesem Gesamtkomplex erwachsenen politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge sind ein prägender Teil unserer gesamtdeutschen Geschichte und Erinnerungslandschaft. Der erinnerungs- und der grenzüberschreitende verstndigungspolitische Einsatz sowie der lebendige Kulturerhalt durch die Kulturträger und ihre Verbände, durch nachkommende Generationen und durch eine Vielzahl an Menschen, die sich diesem kulturellen Erbe aus Überzeugung verpflichtet fühlen, sind daher gesamtgesellschaftlich relevante Anliegen, die eine zukunftssichere Förderung benötigen.

Gerade die Bundesförderung der Vertriebenen-Kulturarbeit nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flchtlingengesetzes hat daran einen wesentlichen Anteil. Hier gilt es, den partizipativen Ansatz weiter zu stärken sowie sämtlichen geförderten Institutionen, ins-

besondere der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, eine dauerhafte Perspektive zu bieten. Kultur- und Erinnerungsarbeit muss in ihrer gesamten Vielfalt, von den zentralen Erinnerungsorten hervorgehobener Relevanz bis hin zu den lokalen Kleingruppen vor Ort, Wertschätzung und Förderung erfahren. Dezentrale Strukturen sind ein wesentliches Merkmal in der Arbeit der deutschen Vertriebenen und ihrer Verbände.

Angesichts der besonderen Geschichte und des Kriegsfolgenschicksals der Russlanddeutschen müssen zukünftige Bundesregierungen auch an der gesetzlich garantierten Aufnahme von Spätaussiedlern festhalten. Diese Volksgruppe wurde vor 80 Jahren, nach dem Überfall der Nationalsozialisten auf die Sowjetunion, aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit unter Generalverdacht gestellt und stellvertretend in Haftung genommen. Hunderttausende haben durch Verbannung und Deportation, Trudarmee und Zwangsarbeit aufgrund des sogenannten Stalin-Erlasses bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Heimat und vielfach ihr Leben verloren. Bis heute wirken diese Ereignisse nach, zumal die Russlanddeutschen von Russland nach wie vor nicht vollständig rehabilitiert wurden.

Bis heute nutzen Jahr für Jahr viele Russlanddeutsche die Möglichkeit, als Spätaussiedler und somit als Deutsche nach Deutschland zu übersiedeln. Mit ihrer Eingliederungsbereitschaft, ihrem Fleiß und ihren Familienstrukturen sind sie ein wirtschaftlicher, kultureller und demografischer Gewinn für unser Land. Daher ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, rentenrechtliche Benachteiligungen endlich zu beseitigen und gesetzliche Regelungen dahingehend zu verbessern, dass auch Aussiedlern und Spätaussiedlern in Deutschland trotz langer und harter Erwerbsbiografien beim Renteneintritt nicht automatisch Grundsicherung und Altersarmut drohen. Darüber hinaus brauchen die zu uns Kommenden eine verlässliche Zusage, dass sie auch weiterhin in ihrem Bemühen unterstützt werden, in Deutschland heimisch zu werden.

Eine besondere Verpflichtung hat Deutschland außerdem für deutsche Minderheiten in unseren östlichen Nachbarländern sowie in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die dort lebenden Deutschen sind das verständigungspolitische Gegenstück zu den Vertriebenen und Spätaussiedlern in Deutschland und natürliche Erben einer oft jahrhundertalten Kultur- und Siedlungsgeschichte. Daher ist es uns wichtig, dass diese Minderheiten weiterhin in ihrem Sprach- und Kulturerhalt gefördert und stärker in die Auswärtige Kulturpolitik einbezogen werden.

In all diesen Anliegen war und ist das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten stets ein wichtiger und kompetenter Ansprechpartner. Daher setzen wir uns für den Fortbestand und die Stärkung dieses Amtes ein.